

II- 2283 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. März 1973

No. 1157/J  
A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. PELIKAN  
und Genossen

*Dr. Kaufmann*

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie  
betreffend handels- und gewerbepolitische Maßnahmen in  
der Steiermark

Die steirische SPÖ schlägt in ihrem Programm auf dem Gebiet  
des Gewerbes u.a. vor:

"Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zur Erleichterung  
der Gründung neuer gewerblicher Unternehmungen und Einräumung  
einer steuerfreien Anlaufzeit, Vereinheitlichung der Gewerbe-  
kredite, Bürgschaftsübernahmen durch die öffentliche Hand".

Auf dem Gebiet des Handels wird vorgeschlagen:

"Bereinigung des Steuerrechts von der Vielfalt der bestehenden  
Steuerarten, die den Wirtschaftsablauf hemmen und die Betriebe  
auch administrativ stark belasten sowie verstärkter Ausbau  
der sozialen Einrichtungen für alle Wirtschaftstreibenden,  
um eine Benachteiligung gegenüber anderen Bevölkerungs-  
gruppen zu verhindern."

Schließlich heißt es im oben zitierten Programm wörtlich:

"Eine verstärkte Investitionstätigkeit sowie die Sicher-  
stellung der hierfür erforderlichen Kapitalausstattung der  
steirischen Betriebe muß gesichert sein."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den  
Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie  
folgende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie als der für die Gewerbebefragen zuständige Bundesminister Maßnahmen zur Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zur Erleichterung der Gründung neuer gewerblicher Unternehmungen in der Steiermark ergreifen?
- 2) Wenn ja, um welche wird es sich dabei handeln?
- 3) Werden Sie sich im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziale Verwaltung für einen verstärkten Ausbau der sozialen Einrichtungen für alle Wirtschaftstreibenden bemühen, um eine Benachteiligung gegenüber anderer Bevölkerungsgruppen zu verhindern?
- 4) Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wollen Sie hier setzen?
- 5) Werden Sie sich im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen für die Einräumung einer steuerfreien Anlaufzeit, einer Vereinheitlichung der Gewerbekredite und Bürgschaftsübernahmen durch die öffentliche Hand einsetzen?
- 6) Wenn ja, welche konkreten Vorstellungen bestehen seitens Ihres Ressorts auf diesem Gebiet?